

Schwarzwälder Tageszeitung

„Aus den Tannen“

Allgem. Anzeiger für die Bezirke Nagold, Calw u. Freudenstadt — Amtsblatt für den Bezirk Nagold u. Altensteig-Stadt

Wochentl. 6 mal / Bezugspreis: Monatl. 1.50 Mk., die Einzelnummer kostet 10 Pfg. Bei Nichterscheinen der Zeitung infolge höh. Gewalt od. Betriebsstörung besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung / Postfach-Konto Stuttgart 5788 / Teleg.-Adr.: „Tannenblatt“ / Teleg. 11

Anzeigenpreis: Die einspaltige Zeile oder deren Raum 15 Pfg., die Restzeile 45 Pfg. Für teleph. erteilte Aufträge übernehmen wir keine Gewähr. Rabatt nach Tarif, der jedoch bei gerichtl. Eintrieb od. Konkursen hinfällig wird. Erfüllungsort: Altensteig. Gerichtsstand: Nagold.

Nummer 26

Altensteig, Mittwoch den 1. Februar 1928

51. Jahrgang

Räumt das Rheinland!

Die Rede des Reichsaußenministers Dr. Stresemann zu dem Etat seines Ministeriums ist, abgesehen von recht interessanten Details, besonders bedeutungsvoll wegen seines Vorstoßes in der Räumungsfrage. Minister Stresemann hat die Tagung des Sicherheitsausschusses, die zurzeit in Prag stattfindet, zum Anlaß genommen, das Problem an sich unter dem Gesichtswinkel der spezifisch deutschen Forderungen vor der gesamten Öffentlichkeit zu behandeln. Nicht nur die Bevölkerung des noch immer unter der Last der fremden Besetzung leidenden Rheinlandes, sondern das gesamte deutsche Volk wissen Dr. Stresemann Dank dafür, daß er noch einmal mit der wünschenswerten Deutlichkeit alles vorgebracht hat, was bei der engen Verbundenheit zwischen Sicherheitsfrage und Rheinlandbesetzung zu sagen unbedingt notwendig gewesen ist. Es gibt keine größere Unehrlichkeit, als die, daß Frankreich immer wieder nach neuen Sicherungen verlangt, der waffenstarrende Staat mit dem Heer von Flugzeugen und Tanks gegenüber dem völlig entwaffneten, von den besten Absichten besetzten Deutschen Reich. Es hat ungerne verstanden, daß der sonst in der Wahl seiner Ausdrücke sonst so vorsichtige Dr. Stresemann gerade in diesem Augenblick so scharfe Töne gegenüber Frankreich angeschlagen hat. Wir müssen offen gestehen, daß wir diese Verwunderung nicht recht begreiflich finden. Hier handelt es sich doch um eine Lebensfrage für das deutsche Volk und da sollte man so ersichtlichen Ausführungen des verantwortlichen Leiters der deutschen Außenpolitik nicht eine innerpolitische Motivierung unterziehen. Nein, so sollen und dürfen die Worte Stresemanns nicht aufgefaßt werden. Der Minister hielt es für notwendig, angesichts der Beratungen des Sicherheitsausschusses zu der juristischen Erörterung der Sicherheitsfrage in der letzten in Prag überreichten Denkschrift den notwendigen politischen Kommentar zu liefern. Es kann jedenfalls nicht schaden, wenn Frankreich den deutschen Standpunkt und die Gefühle, die uns bewegen, reiflos kennenlernt. So werden die Worte Stresemanns eine tiefe Resonanz finden. Wer immer mehr Sicherheit wie Frankreich verlangt, obwohl er es gar nicht nötig hat, der legt Zweifel in das gegebene Wort beim Abschluß der Locarnoverträge. Dann hätte es in der Tat überhaupt keinen Zweck mehr, internationale Verträge zu schließen. Die Frage war mehr als berechtigt, ob denn in Frankreich die Garantie der Grenzen durch England, die in Locarno gegeben wurde, heute nichts mehr gilt. Es ist nichts anderes als ein Stück Heuchelei, wenn Frankreich immer wieder auf neue Sicherheiten verlangt. Bedroht ist lediglich das Deutsche Reich eben durch die Rheinlandbesetzung. Ihre Aufrechterhaltung und der gleichzeitige Ruf nach Sicherheit ist das größte Hindernis für die deutsch-französische Verständigung. Wir können es uns unmöglich weiter lassen, stets uns die vertraglich zugesicherte Rheinlandräumung mit neuen Opfern anzubieten.

Die Rede Stresemanns im Spiegel der Presse

In den Kommentaren der Berliner Blätter zu der Rede des Reichsaußenministers Dr. Stresemann finden besonders seine Ausführungen über die Räumung des besetzten Gebietes größte Beachtung. Die „Deutsche Tageszeitung“ schreibt: Als Fortschritt wird man verzeichnen können, daß Dr. Stresemann diesmal im großen und ganzen nicht mit zu hellen Farben malte. Seine deutlichen Worte zum Sicherheitsproblem und sein Hinweis darauf, daß im Jahre 1818 Frankreichs Aufnahme in die „heilige Allianz“ die sofortige Räumung der besetzten französischen Gebiete zur Folge hatte, und daß wir das Recht hätten, nach Locarno dasselbe von der Gegenseite zu fordern, finden unsere Billigung. In der „Deutschen Allgem. Zeitung“ heißt es: Mit einer Schärfe, die das von der Diplomatenlogie bis zu den Abgeordnetenbanken stattdessen besetzte Haus aufhorchen ließ, formulierte Dr. Stresemann die Gedanken der Enttäuschung, in des Großen, ob der ausgebliebenen Manifestation seines guten Willens der anderen Seite, den wir selber reichlich bewiesen haben. — Die „Tägliche Rundschau“ erklärt, daß das Bild, das Dr. Stresemann gestern entworfen habe, das Bild einer Politik sei, die sich überall in den Dienst des Friedens stellt, ohne dabei die Wahrung der eigenen Interessen zu vernachlässigen. Die „Germania“ bezieht es, daß der Minister die Selbstenkritik ergriff, nochmals auf die Sinnlosigkeit der Vorwürfe deutscher Revanchepredigten hinzuweisen, die von einem waffenstarrten, mit allen Militärmächten Europas verbündeten Staat gegenüber Deutschland erhoben werden. Dr. Stresemanns feierlicher Protest hat bei allen Parteien des Reichstages stärksten Widerhall gefunden. Die gleiche Feststellung trifft das „Berliner Tageblatt“: Den Beifall des ganzen Hauses hat Stresemann, als er mit scharfem Wort die Heuchelei beklagt, die der Ruf nach Sicherheit in sich trägt.

Pariser Stimmen

Das „Deuore“ hält die Rede für ein Zeichen großer Mäßigung und ebenso großer Geschicklichkeit, und gibt zu verstehen, daß man — vorausgesetzt, daß in beiden Ländern die Neuwahlen eine Stärkung der Linksparteien bringen sollten — eine Einigung über das Rheinland finden werde.

Die „Volonte“, das entschieden nach links gerichtete und zur Verständigung bereite Blatt, beschließt sich nicht kritisch mit der Rede, billigt aber die Richtung der deutschen Denkschrift an den Völkerbund in einem Artikel.

Das bekannte „Echo de Paris“ schäumt natürlich wieder einmal vor Empörung, weil Stresemann es gewagt hat, die Rheinlandräumung zu erörtern. Ebenso wird auch die deutsche Denkschrift in Grund und Boden kritisiert, weil es die Macht des Völkerbundes vermindere und damit Frankreich einer weiteren Gewähr für die Friedfertigkeit Deutschlands berauben würde.

Neues vom Tage

Reichskanzler a. D. Dr. Luther an Ministerpräsident Braun

Berlin, 31. Jan. Reichskanzler a. D. Dr. Luther hat an den preussischen Ministerpräsidenten Braun ein Schreiben gerichtet, in dem er sich mit der dem preussischen Landtag zugegangenen Aufzeichnung über die Frage der Vertretung Preussens im Verwaltungsrat der Reichsbahngesellschaft auseinandersetzt. Soweit er sich persönlich durch diese Aufzeichnungen berührt fühlt, Dr. Luther erinnert daran, daß er während der dreiviertel Jahre vom Tode des Geheimen Kommissionsrates Arnhold bis zu dem Ausscheiden Dr. Luthers aus der Reichsregierung den Ministerpräsidenten Braun zu wiederholten Malen im Namen der Reichsregierung auf das dringendste gebeten, ja geradezu beschworen habe, als Nachfolger für Herrn Arnhold eine Persönlichkeit vorzuschlagen, die geeignet sein würde, in den großen wirtschaftlichen und besonders wirtschaftspolitischen Aufgaben des Verwaltungsrates den Vorstößen mit seinem hohen, auch im Ausland anerkannten Ansehen wenigstens einigermaßen zu entsprechen. Die preussische Regierung habe trotzdem nicht das geringste Entgegenkommen gezeigt, sondern sei bei dem Vorschlag immer derselben Persönlichkeit eines preussischen Fachbeamten im aktiven Dienst verblieben. Die Entsendung von Fachbeamten würde jedoch nicht eine Verbindung der Reichsbahngesellschaft mit dem freien, wirtschaftlichen und eisenbahntechnischen Kräften darstellen, auf die es nach der Ansicht der Reichsregierung ankomme, sondern einen Zuwachs zu den in der Reichsbahnhauptverwaltung tätigen sachlichen Kräften, die einer Ergänzung nicht bedürften. Gerade in meiner Eigenschaft als früherer Reichskanzler, so führt das Schreiben fort, kann ich meine Aufgabe nicht darin erblicken, durch mein Handeln der Entscheidung der Reichsregierung über eine anderartige Zusammenfassung des Verwaltungsrates vorzugreifen, der für die deutsche Gesamtpolitik so wichtig ist.

Dr. Marx und Dr. Stresemann über das Schulgesetz

Berlin, 31. Jan. In den letzten Tagen hat eine Besprechung zwischen dem Führer der Zentrumspartei, Reichskanzler Dr. Marx, und dem Führer der Deutschen Volkspartei, Reichsminister des Reichsaßens Dr. Stresemann, über den Schulgesetzentwurf stattgefunden. Dr. Stresemann betonte, daß auch die Deutsche Volkspartei großes Interesse an dem Zustandekommen eines Reichsschulgesetzes habe und alles tun werde, um das Gesetz zu fördern. Es sei ganz falsch, wenn behauptet werde, daß die Partei absichtlich Schwierigkeiten mache. Bei dieser Besprechung zeigte sich aber, daß die Hauptgegenstände auch weiterhin im Paragraphen 20 liegen. Eine Einigung hierüber ist auch bis jetzt noch nicht gefunden worden. In den nächsten Tagen dürfte sich auch das Kabinett mit dem Schulgesetz beschäftigen.

Das Zentrum für rasche Entscheidung über das Schulgesetz

Berlin, 1. Febr. Die Zentrumsfraktion des Reichstages will, wie laut „Vossischer Zeitung“ von Zentrumseite berichtet wird, die Entscheidung über das Schulgesetz so rasch wie nur irgend möglich herbeiführen. Die Fraktion des Zentrums hat ihre Forderungen für die Frage der Aufrechterhaltung oder Beseitigung der Simultanschulen formuliert und diese formulierten Anträge dem Reichskanzler zu dem Zweck übergeben, daß er sowohl im Kabinett die Angelegenheit erörtert und klärt, wie auch mit den Parteiführern der Regierungsparteien recht bald Fühlung nimmt. Diese Fühlungnahme des Reichskanzlers dürfte, wenn nicht heute, so doch spätestens morgen erfolgen.

Einigkeit gegen die Splittlerparteien? — Wahlschänderungen noch vor der Neuwahl

Berlin, 31. Jan. Nachdem die Regierungsparteien im Reichstag mit dem Reichsinnenminister von Reubell über die Maßnahmen beraten hatten, die im Kampfe gegen die Bildung von Splittlerparteien anzuwenden wären, haben abermals Besprechungen der Führer aller Reichstagsfraktionen mit Ausnahme der Kommunisten und Völkischen über das gleiche Thema stattgefunden. Allseitig wurde dabei zum Ausdruck gebracht, daß das Splittlerparteienwesen eine Gefahr für den ganzen deutschen Parlamentarismus bildet. Die Auffassungen über die Gegenmaßnahmen sind sich jedoch nicht näher gekommen, so daß damit gerechnet werden kann, daß der Deutsche Reichstag noch vor den Neuwahlen entsprechende Änderungen des Wahlsystems durchzuführen wird. Die Idee, den amtlichen Einheitsstimmzettel abzuschaffen, ist vorläufig fallen gelassen worden. Neuerdings gehen vielmehr die Bestrebungen dahin, die Maßnahmen, die einzelne Länder bereits gegen die Splittlerparteien eingebracht haben, die aber wegen der fehlenden verfassungsmäßigen Grundlage vom Staatsgerichtshof beanstandet worden sind, nun verfassungsmäßig zu sanktionieren. Das würde bedeuten, daß in Zukunft Wahlvorschlüsse nur noch eingereicht werden dürfen, wenn eine bestimmte Zahl von Unterschriften dafür vorhanden ist und außerdem eine Kaution gestellt werden kann.

Weitere Kredite für die Landwirtschaft

Berlin, 31. Jan. Wie den Blättern mitgeteilt wird, hat der Ernährungsminister im Haushaltsausschuß erklärt, daß das Kabinett bereit wäre, 30 Millionen Mark zur Verfügung zu stellen zum Zwecke der Regularisierung des Inlandmarktes für Vieh und Fleisch. Das Kabinett hat unlängst beschlossen, weitere 30 Millionen Mark zur Verfügung zu stellen.

Curtius über den Schutz des Handwerks

Magdeburg, 31. Jan. Bei der Tagung des mitteldeutschen Handwerkerbundes in Magdeburg sprach Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius über den Schutz des Handwerks. Es handelte sich vor allem um einen Schutz gegen den übermäßigen Steuerdruck. Die Reichsregierung sei bemüht, durch das Steuervereinfachungsgesetz hier Abhilfe zu schaffen. Eine Senkung der öffentlichen Lasten könne auch durch Herabsetzung der Zölle erzielt werden, was im Hinblick auf die Einfuhr ausländischer Rohstoffe auch für das Handwerk bedeutsam sei. Der Minister erläuterte zum Schluß zwei weitere Gesetzentwürfe zugunsten des Handwerks.

Das verschollene U-Boot S 3 aufgefunden

Washington, 31. Jan. Das Unterseeboot S 3, Schwester-schiff des untergegangenen S 4, ist auf der Fahrt von Hamptonroads (Virginia) nach Guantanamo auf Cuba von der U-Bootflottille abgekommen. Seit Samstag nachmittag ist von S 3 keine Nachricht eingegangen. — Das Unterseeboot S 3, das seit Samstag vermisst wird, ist trotz eifriger Nachforschung, an der sich auch ein Flugzeug beteiligt, noch nicht wieder aufgefunden worden. Es enthielt dem Gesichtskreis der mit ihm auf der Fahrt nach Cuba befindlichen Schiffe während eines Sturmregens, der am Samstag bei Sonnenuntergang einsetzte. Das Meer soll an dieser Stelle über 3000 Meter tief sein. An Bord des Unterseebootes befanden sich außer dem Kommandanten und drei anderen Offizieren eine Besatzung von 37 Mann.

Washington, 31. Jan. Das Unterseeboot S 3 wurde an der nördlichen Floridaküste aufgefunden. Es wird angenommen, daß eine Beschädigung der Funkanlage es dem Boot unmöglich machte, seine Position telegraphisch mitzuteilen, wodurch die Auffindung erschwert wurde. Es geht seine Fahrt nach Cuba fort.

Deutscher Reichstag

Berlin, 31. Januar.

Präsident Ebbe eröffnet die Sitzung um 15 Uhr und teilt mit, daß dem Reichstag das Urteil des Staatsgerichtshofes über den preussischen Reichsbahnverwaltungsratofuß nebst einer Erläuterung des Reichskanzlers zugegangen ist.

Die zweite Beratung des Haushalts des Auswärtigen Amtes wird dann fortgesetzt.

Abg. Wiska (Dtr.) beschäftigt sich zunächst mit der Rede des deutschnationalen Abgeordneten von Freytag-Loringhoven und erklärt dazu: Die Kritik der Außenpolitik in dieser Rede ist im Ausmaß und in der Form nicht vereinbar mit der Zuchtspflicht zur Regierungskoalition. Welchen Eindruck muß solche Kritik auf die Staaten machen, mit denen wir Verträge abzuschließen haben und mit denen wir zusammen im Völkerbund sitzen. (Hört, hört links und in der Mitte.) Ihr Verhalten, Herr von Freytag-Loringhoven, ist geeignet, uns um jeden politischen Kredit im In- und Auslande zu bringen. (Große Bewegung, lärmige Zustimmung links und in der Mitte.) Vor allem aber muß ich den deutschnationalen Redner fragen: Wie bringen Sie Ihre Verurteilungen in Einklang mit den Richtlinien, auf die sich bei der



Bildung des jetzigen Kabinetts Ihre Fraktion ausdrücklich verpflichtet hat? Eine Erklärung der Deutschnationalen Volkspartei werde daher erwartet. Der Redner selte dann die Ziele und die Wege der deutschen Außenpolitik in dem ablaufenden Jahrzehnt 1918 bis 1928. Ihr Ziel sei der Friede zwischen Deutschland und den anderen Völkern, der Weltfrieden überhaupt. Der Redner bespricht dann die Hindernisse auf diesem Wege, vor allem die durch die Versailler und Genfer Grenzschreibungen im Osten entstanden sind. Abg. Kliska bespricht hier insbesondere die Lage Danzigs, Ostpreußens und Oberschlesiens. Er schloß mit der Feststellung, daß in den außenpolitischen Zielen und Wegen im wesentlichen das deutsche Volk in seiner überwältigenden Mehrheit zu einer einheitlichen Auffassung und einem einheitlichen Willen gelangt sei. Daran habe das Zentrum hervorragenden Anteil.

Abg. von Rheinbaben (D. Pa.) bezeichnet die Kritik in der gestrigen Rede des Abg. Dr. Breitscheid in einzelnen Punkten als zu weitgehend, aber auch die Rede des Abg. von Freitag-Loringhoven sei problematisch gewesen. Der Redner hebt dann besonders hervor, daß die Zusammenfassung der jetzigen Regierung keineswegs zu einer Verschlechterung der deutsch-französischen Beziehungen geführt hat, stellt fest, daß, solange die Rheinlandsbesetzung fortbesteht, es keine Locarnopolitik geben kann, billigt in der Sicherheitsfrage die Denkschrift der Regierung, lehnt aber den immer wiederholten Versuch ab, Deutschland zu immer neuen Konzessionen unter dem Deckmantel der Sicherheitsfragen zu zwingen. Der Redner begrüßt den deutsch-litauischen Schiedsgerichtsvertrag, ist aber mit seinen Freunden gegenüber paneuropäischen Plänen feindselig.

Zu einer Erwiderung auf die Ausführungen des Abg. Kliska (Str.) nimmt Abg. von Lindener-Wildau für die Deutschnationalen das Wort, der nach einer längeren Auseinandersetzung über die Ziele seiner Partei und die von ihr anerkannten Realisationsrichtlinien schließlich betont, daß die Ausführungen des Abg. von Freitag-Loringhoven nicht irrendweise gegen das gemeinsame Regierungsvorhaben der derzeitigen Regierungskollegen verstanden hätten.

Frau Dr. Häumer (Dem.) erklärt gegenüber den gestrigen Ausführungen des deutschnationalen Abg. von Freitag-Loringhoven, daß hier die Opposition in der eigentlichen Lage sei, ein aufrichtiger Anhänger der Richtlinien zu sein, als ein Teil der Regierungsmehrheit. Es könne nicht gelugnet werden, daß nicht nur bei uns, sondern bei allen aufrichtigen Vertretern der Völkerverständnis eine tiefe Enttäuschung über die Entwicklung der letzten Jahre herrsche, besonders hinsichtlich der Abrüstung. Der nachdrücklichsten Betonung der Anomalie zwischen Rheinlandsbesetzung und Locarnovertrag durch den Außenminister schließen sich die Demokraten durchaus an. Zum Schluß gibt die Rednerin den Hoffnung Ausdruck, daß sich in allen Völkern die gleichen Kräfte stärken, die der von Deutschland bisher vertretenen Friedenspolitik wichtige lokale Mitarbeiter zuführen.

Darauf wird die Weiterberatung auf Mittwoch 14 Uhr vertagt.

Württembergischer Landtag.

Der Etat des Innern im Landtag

Stuttgart, 31. Jan. Der Landtag begann am Dienstag die Beratung des Etats der Innenverwaltung. An Stelle des erkrankten Abg. Dr. Schermann ist Vertretersteller der Abg. Pollich (Str.).

Abg. August Müller (SS.): Die Bestimmungen über Feuerwehreinrichtungen müssen gemildert werden. Notwendig ist eine neue Begrenzung. Für die Errichtung von Autolinien sollte der Staat erhebliche Beiträge geben. Die Amtskörperchaften sollten ihre bei den Sportstätten aufgenommenen Anteile mit 12 1/2 Prozent aufwerten. Bei den Ortsvorsteherwahlen ergaben sich in letzter Zeit verschiedene Schwierigkeiten. Stellt sich ein alter Ortsvorsteher zur Wiederwahl, so tritt ein jüngerer lediger Mann als Gegenbewerber auf und rechnet der Gemeinde aus, daß er erst in die Einmündigkeit kommt und keine Kinderzulage braucht. Das ist unmoralische Beeinflussung und solche Wahlen sollten laffert werden. Nach den Wahlen wünschen wir die Eindringung der Bezirksordnung.

Abg. Müller (Soz.): Auch die von der Landesversicherungsanstalt angebotenen Darlehen zum Bau von Wasserleitungen sollten aufgewertet werden. Die Termine für die Genehmigung von Autolinien werden oft zu kurz festgesetzt. Die Konzessionen sollten auf eine möglichst kurze Zeit erteilt werden.

Innenminister Bots: Die Eingaben um Genehmigung von Autolinien werden nicht verweigert. Aber zunächst sind Verhandlungen mit den Amtskörperchaften, der Reichsbahn und der Post notwendig. Bisher sind 320 Autolinien genehmigt worden. Bei der neuen Begrenzung wird es ohne Regelung der Lastenverteilung nicht abgehen. Die neue Bezirksordnung ist fertiggestellt. Ich würde sie noch diesem Landtag vorlegen, wenn ich hoffen könnte, daß von diesem Landtag noch zugleich die Gewerbeordnung erledigt würde. Vor Weihnachten hatte ich noch diese Hoffnung. Jetzt glaube ich nicht mehr an die Möglichkeit.

Abg. Schneid (Komm.) begründet eine große kommunizistische Anfrage betr. Freizügigkeit der politischen Betätigung der Arbeiterorganisationen. Der Literaturbetrieb, sofern er der politischen Propaganda dient, darf nicht weiter von den Polizeibehörden unter Hinweis auf die Gewerbeordnung verboten oder bestraft werden. Schließlich beantragt der Redner namens der kommunizistischen Fraktion ein Mißtrauensvotum gegen den Innenminister.

Innenminister Bots: Man wird allmählich abgestumpft, wenn man zehn Jahre lang von den Kommunisten immer das Gleiche hört. Es ist erwiesen, daß die Kommunisten die gewalttätige Kündung der Reichsverfassung anstreben. Die rote Blase ist eine Hilfsorganisation der kommunistischen Partei. Sie jagt unter falscher Fiktion, um Summe zu fangen, die dafür Geld geben. Dabei verfolgen und verhetzen wir die rote Blase. Die Polizei geht nicht einmündig vor. (Zuruf: Erzählen Sie das Ihrer Großmutter!) Wir hindern niemand, auszuwandern oder im Ausland Studientouren zu machen. Die Arbeiterdelegationen nach Ausland haben aber einen anderen Zweck. Es sollen Kollaborateure geschaffen werden, die später für Ausland Propaganda machen. Da kann der Staat nicht mithelfen. Im übrigen kann Ausland diese Delegationen ohne Paß berechnen, wenn es an ihnen solches Interesse hat. Der gewerkschaftliche Betrieb von Druckereien auf öffentlichen Plätzen bedarf der Erlaubnis der Ortspolizei. Darüber, was gewerkschaftlich ist, gehen allerdings die Ansichten, auch bei den Gerichten, auseinander. Die kommunistische Partei kann die Polizei nicht anklagen, wenn sie die Gewerbeordnung in Uebereinstimmung mit Entscheidungen der höchsten Gerichte auslegt. Eine Beschlagnahme ohne gerichtliche Anordnung unzulässig. Die Post wacht scharf über das Postgeheimnis. Eine schwarze Polizei haben wir, seitdem die Verhältnisse ruhiger geworden sind, nicht mehr. Ginge es hart auf hart, so würde ich mich auch heute nicht scheuen, freiwillige Kräfte zur Unterstützung der Polizei aufzurufen. Aber ausreicht hierzu kein Bedürfnis vor.

Bei der Abstimmung werden die Ausschuhträge angenommen. Der Mißtrauensentwurf wird gegen die Stimmen der Kommunisten abgelehnt. Die Sozialdemokraten enthalten sich dabei der Abstimmung. Abg. Müller (Soz.) bemerkt dazu, darin liege kein Ausdruck des Vertrauens für den Innenminister. Ueberriffe der Polizei würden von seiner Partei stets bekämpft.

Der Abg. Winkler (Soz.) betonte, daß der Beamtenkörper der Polizei zu sehr aufschwellt und 8 Millionen allein auf die Bereitschaftspolizei kommen, die sich nur mit Exerzieren und turnierischen Übungen beschäftigt. Der Finanzminister habe einen Abbau der Polizeiverwaltung gewollt, aber vom Innenminister die lebenswichtige Antwort bekommen, daß ihn die Polizei nichts angehe. (Heiterkeit.) Die Bereitschaftspolizei zähle 2682 Beamte, wovon auf 1. April 270 abgebaut werden sollte. Die Bereitschaftspolizei müsse ein zuverlässiges Instrument zum Schutz der Republik sein. Die besten Polizeibeamten sollten in den Strahndienst kommen und nicht mit Soldatenpfeiferei in den Kasernen beschäftigt werden. Der Redner kritisierte, daß die Polizeioffiziere eine abgeschlossene Kaste bilden.

Minister Bots erwiderte eingehend und bedauerte, daß die Stärke der Polizei angegriffen werde, nachdem diese Stärke mühsam den Franzosen abgerungen worden sei. In Württemberg kann jeder Polizeioffizier werden.

Weiterberatung am Mittwoch.

Aus Stadt und Land.

Altensteig, den 1. Februar 1928.

Umtliches. Uebertragen wurde eine Lehrstelle an der evangelischen Volkshule in Dedenpfronn O. A. Calw dem Lehrer Erwin Frommer in Mittelbronn Oberamt Gaildorf.

Der Wohnungsmangel in Württemberg. Nach einer Berechnung von Regierungsrat Dr. Wasser-Stuttgart im Stuttg. Neuen Tagblatt fehlen zur Zeit in Württemberg etwa 14 000 Wohnungen.

Walldorf, 30. Januar. Als heute mittag der Zimmermeister Heinrich Kirtz damit beschäftigt war, Zaunpfähle für einen Gartenzaun zu schlagen und sich dabei der Kreisäge bediente, wurde die Hälfte eines gefügten Pfahles mit solcher Wucht gegen Kirtz geschleudert, daß er am Kopf schwere Verletzungen erlitt. Nach Anlegung eines Notverbandes wurde er ins Bezirkskrankenhaus nach Nagold überführt.

Nagold, 31. Januar. (Ausnahmeprüfung für die Lehrereinnahme.) Am gestrigen Tage, Montag, den 30. Januar, fand an den verschiedenen Seminaren des Landes die schriftliche Aufnahmeprüfung statt. Im Seminar Nagold haben gestern 34 Schüler von Volks- und Realschulen aus den Bezirken des Schwarzwalds sich der schriftlichen Aufnahmeprüfung unterzogen. Die mündliche Prüfung findet für sie bereits am 11. Februar am Lehrerseminar in Rürtingen statt, das heuer die Prüfungskommission stellt. Die Prüfung ist in diesem Jahre etwas früher gelegt worden, um denjenigen Schülern, welche die Prüfung nicht bestanden, Gelegenheit zu geben, sich noch rechtzeitig nach einer anderen Ausbildungsmöglichkeit umzusehen.

Aus dem Oberamt Calw

Die Arbeitsmarktlage im Bezirk Calw

(Nach dem Bericht des öffentlichen Arbeitsnachweises Calw.) Im Monat Januar ist eine weitere Rückwärtsbewegung in der Arbeitsmarktlage beobachtet worden. Im übrigen war der Ausgleich zwischen Angebot und Nachfrage, durch die wechselnde Witterungsverhältnisse bedingt, recht lebhaft. Wenn keine größeren Rückschläge in der Witterung eintreten, rechnet das Arbeitsamt schon in der laufenden Unterstützungswache mit einer Senkung der Arbeitslosenquote. Vom Arbeitsnachweis konnten im abgelaufenen Monat für die Berufsgruppen 1 bis 28 224 Personen mit Erfolg vermittelt werden, außerdem sind 31 Leute bei Koststandsarbeiten untergebracht worden. Als neue Koststandsarbeiten sind von den Gemeinden Stammheim und Ottenbronn je eine Arbeit hinzugekommen, auch beabsichtigt das Forstamt Liebenzell mit Ablauf der derzeitigen von der Stadtgemeinde unterhaltenen Koststandsarbeit ebenfalls eine neue zu beginnen. Von den arbeitssuchenden Personen gehören nach dem Stand vom 28. ds. Ms. 348 männl. und 48 weibl. zu dem Personenkreis der Arbeitslosenversicherung; 1 männl. Person bezieht die Krisenunterstützung. Bei Koststandsarbeiten sind zusammen 31 Arbeitslose beschäftigt. Arbeitslose und Krisenunterstützungsempfänger und werkschaffende Arbeitslosen für die nach der letzten Zählung zusammen 429 (Vormonat 332). Die unterst. stehenden Arbeitslosen verteilen sich auf die einzelnen (Stadt) Gemeinden wie folgt: Calw 52, Ottenbronn 1, Altbühlach 8, Altbühlach 8, Altbühlach 13, Algenberg 11, Breitenberg 8, Dachtel 1, Dedenpfronn 1, Gedingen 7, Hirsau 36, Holzbrunn 14, Liebersberg 10, Liebenzell 41, Monatam 5, Neubühlach 6, Neuheilingen 10, Neumeller 7, Oberhaugelt 4, Oberollbach 7, Oberollwangen 1, Ofelsheim 12, Ottenbronn 12, Rutenbach 2, Simmshausen 28, Sonnenhardt 6, Stammheim 62, Teinach 11, Unterhaugelt 4, Unterriesenbach 22, Würzbach 12, Javelstein 8.

Calw, 31. Januar. (Versammlung des Bezirksverbandes der landwirtschaftlichen Genossenschaften.) Am vergangenen Montag fand im „Bad Hof“ eine Bezirksversammlung des Verbands landwirtschaftlicher Genossenschaften statt. Von den Genossenschaften und Darlehensstellen, die im Bezirksverband zusammengeschlossen sind, waren 74 Vertreter anwesend. Der Bezirksobmann, Schultheiß Braun-Althengstett, begrüßte die Erschienenen und

Die Wenderoths

Original-Roman von Marie Hatling

(Nachdruck verboten.)

32) Gerds Stirn umwölkt sich. „Sie sind ein gutes Mädchen, Rosa, ich danke Ihnen! Sie haben jedenfalls das Richtige getroffen. Sicher hat meine Frau im Fieber geredet, da sie mir nichts davon gesagt hat.“

Als Rosa gegangen, blickt Frau Wenderoth ihren Sohn mit banger, stummer Frage an.

„Gerd, du glaubst doch nicht —“

Gerd rüht ärgerlich seinen Stuhl zurück, ein mißlonendes Lachen bricht von seinen Lippen.

„Unfinn, Mutter — für Hans lege ich meine Hand ins Feuer. Ich werde Erika zur Rede stellen!“

Doch er kommt nicht dazu, denn als er ihr Zimmer betritt, liegt sie in wilden Fieberphantasien. Eine schwere Lungenerkrankung und ein bösesartiges Nervenfieber sind die Folgen von Eriks Unvorsichtigkeit.

Ein trauriges Weihnachtsfest begeht man auf Aßen. Der Todesengel steht schon so lange am Bette der jungen Frau, doch das junge Leben ringt und kämpft mit dem finsternen Gesellen, es will und kann sich noch nicht lösen von dieser Welt.

Bei Krügers feiert man dagegen fröhliche Verlobung des jungen Paares, weld ein Gegenlatz!

Als die ersten Freudenwogen sich gelegt, nimmt Lieselotte eine günstige Gelegenheit wahr, um mit Hans allein zu reden. Ihr ist das Gerücht, das Frau Erika dochhaft ausgepresst, zu Ohren gekommen und sie teilt es nun Hans mit. Entsetzt blickt er die Geliebte an. „Lieselotte, du glaubst doch nicht, was jenes unselige Weib gesagt?“

Mit einem Wächeln blickt Lieselotte ihn an. „Hätte ich dann heute Abend deinen Ring angenommen, Hans? Aber es wäre doch wohl gut, wenn du dem Geschwäh auf den Grund ginge und die Urheberin zur Rede stelltest.“

„Ich werde gleich morgen zu Gerd gehen, und wehe dann dem entarteten Geschöpf!“

„Geh nicht zu Kreuze ins Gericht, Hans, ich glaube, Erika

ist sich der Schlechtigkeit ihrer Handlung nicht bewußt. Ich bedauere sie eigentlich; sie ist tief unglücklich.“

„Du herrliches, geliebtes Mädchen! Du kannst deiner Feindin noch verzeihen!“

Als Hans am anderen Tage das Wenderothsche Haus betritt, kommt ihm Annemarie mit verweinten Augen entgegen.

„Es ist schrecklich, Hans! Wenn ich Erika auch nicht geliebt habe, einen solchen qualvollen Tod möchte ich ihr doch nicht wünschen.“

Hans prallt zurück. „Erika am Sterben?“ Er wußte nicht einmal, daß sie krank war.

„Wie ist das möglich, Annemarie? Was ist denn vorgefallen?“

„Sie hat sich von ihrem Anfall im Walde nicht wieder erholt. Doch willst du nicht in Herrn Wenderoths Zimmer treten? Vielleicht kann er doch einen Augenblick kommen?“

„Ich bin eigentlich gekommen, Annemarie, um Frau Erika wegen ihrer Verleumdung zur Rechenschaft zu ziehen; doch eine Sterbende richtet man nicht mehr. Wenn ich jedoch Gerd für einen Augenblick sprechen könnte? Es ist mir zwar peinlich, jedoch bin ich es meiner Braut schuldig, jeden Flecken von meiner Ehre fernzuhalten.“

Jetzt erst bemerkt Annemarie den blickenden Reif an seiner Hand. Ein Freundenschimmer verklärt ihr verweintes Gesicht; sie reicht dem Freunde beide Hände.

„Meinen herzlichsten Glückwunsch noch einmal, Hans. Wie stolz bin ich, daß Ihr beide glücklich werdet!“

„Du wirst es gewiß auch noch einmal, Annemarie, denn du verdienst es ganz gewiß!“

In diesem Augenblick öffnet sich die Tür und Gerd kommt herein. Er steht entschuldig blaß und elend aus. In Hans' trampfichtes Gesicht das Herz zusammen beim Anblick des Freundes.

„Gerd, um Gotteswillen, was ist dir?“

Gerd gewahrt erst jetzt die beiden, die in banger Frage auf ihn blicken.

„Du bist es, Hans! Es ist vorüber, sie ist in der Ewigkeit, es war ein fürchtbares Sterben.“

Wie gedrohen sinkt er in einen Sessel, er rüht den Kopf

in die Hand und starrt wortlos vor sich hin.

Annemarie tritt zu Gerd; in ihrer Sorge vergißt sie ganz ihre sonstige Zurückhaltung.

„Die Mutter, Gerd, war sie auch dabei? Wo ist sie, wie mag sie gelitten haben!“

Dankbar blickt Gerd auf das ängstlich besorgte Mädchen.

„Ja, Annemarie, geh zu ihr, sie wird in ihrem Zimmer sein. Sie sah nur das Ende, aber es wird sie dennoch tief ergriffen haben. Meine Kraft war zu Ende, ich konnte es nicht mehr ertragen!“

Annemarie geht leise hinaus, auch Hans will sich still entfernen, doch Gerd winkt ihm mit der Hand, zu bleiben.

„Ich habe auch für dich eine Botschaft von ihr, Hans! Sie läßt auch dich bitten, ihr zu verzeihen, was sie Böses in dein Leben hineingetragen habe. Sie wünscht dir und Lieselotte alles Gute!“

Erschüttert reicht Hans dem Freunde die Hand.

„Armer Gerd, du hast am schwersten zu tragen gehabt! Ich kann ja so leicht verzeihen, wo ich niemals ernstlich gegrollt habe. Sie hat mir ja eigentlich eine Wohlthat erwiesen, als sie mich von der Fessel befreite, die ich mir in blindem Wahne geschmiedet.“

„Ja, glaube, Hans, sie hat dich mehr geliebt als du meinst und vielleicht — wäre sie einer anderen Familie entsprossen — hättest ihr glücklich werden können. Sie hat mir alles gelehrt, Hans, doch erlahm mir die Wiedergabe. Denn trotz allem — sie war doch meine Frau!“

Noch einmal reichen die Freunde sich die Hand, dann geht Gerd Hans still hinaus.

Es ist etwas so Ernstes, so Fürchtbares, das Sterben, das Loslösen der Seele vom irdischen Leben. Das fühlt auch Hans, als er feuchten Auges den Kopf senkt, langsam durch den verschneiten Wald geht. Wie anders ist er gegangen, als wie er gekommen ist! Zur Rechenschaft wollte er die Frau ziehen, die ihm seinen guten Namen rauben wollte, nun stand sie vor einem höheren Richter. Wie fürchtbar muß das Scheiden gewesen sein, daß es einem Mann wie Gerd so erschüttern konnte!

(Schluß folgt.)



Demokratie und Staatspräsident

gab dann einen kurzen Rückblick auf das vergangene Geschäftsjahr. In den Genossenschaften und Darlehensvereinen konnte eine rege Tätigkeit festgestellt werden; die Beanpruchung der Zentralkasse war nur eine geringe, nichtsdestoweniger wird die von ihr geleistete Hilfe dankbar anerkannt. Bedauert wird nur die Heraushebung des Zinsfußes innerhalb des letzten Jahres, eine Maßnahme, zu der die Zentralkasse durch die wirtschaftlichen Verhältnisse gezwungen war. Der Vorsitzende erteilte nach Beendigung seiner Ausführungen das Wort an Oberrevisor Bogentrieder von der Landw. Zentralkasse in Stuttgart zu einem Referat über die genossenschaftliche Kreditversorgung der Landwirtschaft. Der Redner schilderte zunächst die heutige schwere Lage der Landwirtschaft, insbesondere hervorgerufen durch das Fehlen von Betriebsmitteln und erklärte die Gründe für die derzeitige gespannte Lage auf dem Geldmarkt. Das zweite Referat hielt Dipl. Landwirt Brigner über das genossenschaftliche Programm der Qualitätsverbesserung in der Landwirtschaft. In knappen und klaren Ausführungen unterzucht er die Gründe für die Notlage der Landwirtschaft und wies einen Weg zur Wiederherstellung ihrer Rentabilität. Die Hauptforderung lautet: Qualitätserzeugung. An die Referate schloß sich eine Aussprache an. Besonders war es naturgemäß die Frage der Kreditversorgung und der Umwertungsforderungen, welche starkem Interesse und Widerspruch begegnete. Des Weiteren wurde die Aufwertungsfrage bei der Zentralkasse angeschnitten und Oberrevisor Bogentrieder gab zur Antwort, daß der Aufwertungsfonds der Kasse heuer auf 1 Million angewachsen sei; der Fonds komme im Jahre 1932 zur Ausschüttung. Ein Prozentjahre könne heute noch nicht genannt werden. Der Aufwertungsfonds verteilt sich auf 1600 Genossenschaften. Behandelt wurden sodann noch die Frage des 8. Schuljahres, die Notwendigkeit der landwirtschaftlichen Schutzstelle und der Qualitätserzeugung. Schulheiß Fischer-Simmohheim beleuchtete die Vorteile des genossenschaftlichen Ein- und Verkaufs und sprach in dieser Beziehung für ein Zusammenarbeiten zwischen Landwirtschaftlichen Vereinen und Darlehensvereinen aus Zweckmäßigkeitsgründen aus. Diese Anregung fand innerhalb der Versammlung wärmste Unterstützung. Als stellvertretender Vorstand des Landw. Bezirksvereins erklärte Oelonomierat Böhrer seine Bereitschaft, Verhandlungen über diese Frage herbeizuführen. Auf Antrag des Vorsitzenden wurde ein Ausschuß, bestehend aus den Herren Schultheiß Braun-Althensstett, Schultheiß Fischer-Simmohheim, Schäfer, Stammheim, Ohngemach-Albulach und Hermann-Neubulach, gebildet, welcher gemeinsam mit einem Ausschuß des Landw. Bezirksvereins prüfen soll, inwieweit eine Zusammenarbeit zwischen den beiden Bezirksorganisationen möglich ist. Angestrebt werden soll zunächst eine gemeinsame Saatgutbeschaffung.

Aus dem Lande

Herrenberg, 30. Januar. Der Stadtvorstand hat in seinem Jahresbericht im Gemeinderat u. a. auch die Frage der Oberamtsaufteilung berührt. Er führt aus: „Die Aufteilung einzelner Oberämter und ihre Zuteilung zu benachbarten Oberämtern, welche Maßnahme die betreffende Oberamtsstadt und ihre Angehörigen, namentlich die Geschäftswelt hart und schwer treffen würde, hat auch im abgelaufenen Jahre da und dort gespült. Die Stadtverwaltung wird nichts unterlassen, um die Interessen der hiesigen Stadt wirksam und rechtzeitig zu vertreten. Sie darf sich wohl in dieser Frage des geschlossenen Willens und der nachdrücklichsten Unterstützung der ganzen Bevölkerung für versichert halten.“

Schramberg, 30. Januar. Im Steinbruch der Bau-firma Fischer & Co. m. b. H., Parzelle Rappensellen, ereignete sich heute früh kurz nach 8 Uhr ein Unglücksfall. Der ledige Fuhrunternehmer Christoph Lehmann war dort mit Schotterladen beschäftigt. Zu diesem Zwecke fuhr er mit einem Wagen rückwärts an das die Kippwagen tragende Gerüst heran. Beim Umstürzen des Kippwagens fiel dieser, da der Schotter festgefroren war und von den Arbeitern infolge des Ubergewichts nicht mehr gehalten werden konnte, auf den Wagen des Lehmann herab, wodurch die Pferde scheuten. Lehmann wollte seine Pferde anhalten, wurde aber dabei an einen anderen Wagen gedrückt und überfahren. Mit einer erheblichen Schulter- bzw. Armverletzung wurde er von der Sanitätskolonne ins kädtische Krankenhaus überführt.

Trossingen, 30. Januar. Wie im Breisgau wurde auch hier am Freitag ein Erdbeben verspürt, und zwar morgens früh nach 4 Uhr. Auch in den übrigen Orten der Gegend wurde es wahrgenommen.

Trossingen, 31. Januar. Nach einem arbeitsreichen Leben ist im hohen Alter von 85 Jahren die Witbegriinderin der Firma Andreas Koch A.-G., Frau Barbara Koch geb. Weiß, verstorben. Sie hat ihren im Jahre 1915 heimgegangenen Gatten, den Gründer der heute Weltfuhrlangsten Firma, um 13 Jahre überleben dürfen. Um den Aufstieg und die rastlose Weiterentwicklung der Firma war die Dahingeshiedene in hohem Maße bemüht und hat sich ein bleibendes Verdienst erworben.

Weilerstadt, 31. Januar. In einem Gasthaus wurde ein Wirt von einem Kollegen betrat in die Nase gebissen, daß er ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen mußte. Ein harmloser Wortwechsel war die Ursache dieses Vorfalles, der ein gerichtliches Nachspiel haben wird.

Hall, 31. Jan. (Tödlicher Motorradunfall.) Der 21jährige Mechaniker Karl Widinger von Bülferzimmern, der bei der Fa. J. D. Enfinger-Hall in Lebra stand, wollte mit seinem Motorrad in seinen Heimatort fahren. Unterwegs begegnete ihm ein mit zwei Personen besetztes Motorrad. Beide Fahrzeuge hatten, obwohl die Dämmerung bereits hereingebrochen war, noch kein Licht. In einer Kurve stießen beide Motorräder aufeinander. Durch die Wucht des Zusammenpralls wurden sämtliche drei Personen auf die Straße geschleudert. Während die zwei in Oberrot wohnhaften Arbeiter keine nennenswerten Verletzungen erlitten, blieb Widinger bewußlos liegen und ist, ohne das Bewußtsein wieder erlangt zu haben, seinen schweren Verletzungen erlegen.

Stuttgart, 31. Jan. Die deutsch-demokratische Partei von Groß-Stuttgart beendete am Montagabend im großen Saal des Bürgermuseums, der bis auf den letzten Platz besetzt war, eine öffentliche Versammlung, in der Finanzminister a. D. und Landtagsabgeordneter Dr. Schall über „Württemberg und das Reich“, eine Auseinandersetzung mit dem württ. Staatspräsidenten, sprach. Dr. Schall, der über dieses Thema noch in mehreren anderen Städten des Landes sprechen wird, führte nach Begrüßungsworten von Rechtsanwalt Dr. Meyer aus, daß Württemberg das Land der Demokratie, der ältesten Verträge der Stände mit den Fürsten, heute von einem Manne regiert werde, dem alle großen Freiheitsverächter der Weltgeschichte als leuchtende Vorbilder erscheinen. In den vier Jahren seiner Regierungstätigkeit habe er Württemberg soweit gebracht, daß es zum Gespötte Deutschlands wurde und heute vor den Trümmern seines politischen Ansehens liege. Neben ihm stehe ein Mann, der für sich nicht mehr in Anspruch nimmt, als ein guter Finanzbeamter zu sein. Neben ihm stehen weiter zwei Männer mit unbewiesenen Geschickern, die wissen was sie wollen und danach handeln. Die Militärsavota gegen den Staatspräsidenten wurden am Samstag im Landtag zwar abgelehnt, aber das geistige politische Ergebnis der Landtagsausprache sei ein anderes. Der Redner legte dann in eingehenden sachlichen Ausführungen, die aus seinen früheren Reden im Landtag und aus zahlreichen Versammlungen schon bekannt sind, die Notwendigkeit einer großen Staats- und Verwaltungsreform im Reich und in den Ländern dar und ging dann auf die Vorschläge des Staatspräsidenten auf der Berliner Konferenz ein. Nach den Vorklären Vorschlägen würde Württemberg zwar nicht unter das deutsche, aber unter das preussische Berlin kommen. Unsere Lösung ist für die süddeutschen Länder unendlich viel günstiger. Wir wollen Dezentralisation. Das Reich hat die oberste Aufsichtsbefugnis in der Gesetzgebung, die Verwaltung soll aber den regionalen Verwaltungsträgern überlassen bleiben. Es gibt keinen Fortschritt in der Geschichte, wenn man an allem Historischen festhält. Wir hoffen trotz Bozile und Seid zum Ziele zu kommen. Den Redner belohnte stürmischer Beifall. — Nach einer längeren freien Diskussion wurde eine Entschließung angenommen, in der mit schmerzlichem Bedauern festgesetzt wird, daß durch die Rede des Staatspräsidenten in Berlin die irrtümliche Meinung entstanden ist, daß Württemberg irgend einem anderen Lande an Reichstreue nachstehe. Die Versammlung bringt vielmehr zum Ausdruck, daß der Inhalt und die Form der Rede des Staatspräsidenten in schroffem Widerspruch mit der inneren Ueberzeugung des württ. Volkes steht und der Ueberzeugung der württ. Bevölkerung in Stadt und Land verurteilt und abgelehnt wird.

In der Debatte sprach Staatspräsident a. D. Dr. Sieber die politische Situation, wie sie im Jahre 1919 bei Abfassung der württembergischen und der Reichsverfassung vorbanden war, wo vor allem die bolschewistischen Gefahren noch sehr bedrohlich im Vordergrund standen. Er bekannte auch, daß er nicht ohne Bedenken an die führermäßige Uebernahme der Durchführung des deutschen Einheitsstaates herangegangen sei. Vor allem haben ihn dabei kulturpolitische Ueberlegungen bestimmt. Die Vielstaatigkeit der deutschen Kultur sei ein so kostes und wertvolles Gut, daß man auf die Pflege dieses Gutes größten Nachdruck legen müsse und er würde Geaner einer Entwertung sein, die diese Werte zerstören würde. Aber ein Blick auf die Universitäten in den deutschen Ländern, die längst durchaus einheitlich deutsch bestimmt seien, andererseits auf die großen Kulturzentren in einzelnen Gebieten Preußens zeigen, daß die bodenständigen Kulturwerte erhalten werden können auch im Einheitsstaat. Außerdem wäre eine größere Freizügigkeit der Lehrkräfte für die einzelnen deutschen Gebiete nur ein Vorteil. Der Redner weist auch nach, daß jetzt schon eine Reihe von unitarischen Einrichtungen im Schulwesen zwangsweise entstanden waren, weil Preußen ein solches Uebergewicht hatte, daß die übrigen Länder zwangsweise folgen mußten. Deshalb könne man auch vom Standpunkt der Erhaltung schwäbischer Kultur ohne Sorge die vom Hauptredner klar darstellte Entwicklung realistisch fördern.

Tagung des Landesisenbahnrats Stuttgart

Stuttgart, 31. Jan. Bei der Reichsbahndirektion Stuttgart hat eine Sitzung des Landesisenbahnrats stattgefunden. Der Präsident der Reichsbahndirektion Dr. Siegel begrüßte die erschienenen Mitglieder. Den Mitteilungen über die Änderungen im Reichsbahnstatut des Landesisenbahnrates folgte ein Vortrag von Reichsbahnoberrat Fischötter über Neuerungen aus dem Gebiete des Güterverkehrs. Als wichtigste bezeichnete er die am 1. August durchgeführte Reform des Normalspäterverkehrs. Die Hauptvermehrung der Reichsbahn-Gesellschaft hat den in der letzten Sitzung des Landesisenbahnrats angenommenen Antrag auf Wiedereinführung der Mühlbacherlinie abgelehnt. Die Fortsetzung wendeten sich sodann dem Jahresfahrplan 1928 zu. Der Präsident der Reichsbahndirektion gab einleitend eine Uebersicht über die derzeitige Finanzlage der Reichsbahn. Das Jahr 1927 habe verhältnismäßig günstig abgesehen. Dagegen seien die Aussichten für das Jahr 1928 keineswegs erhellend. Es stehe fest, daß die Reichsbahn im Jahre 1928 gegenüber 1927 über 300 Millionen M. Mehrausgaben haben werde, die von der Erhöhung der Personalbesätze und der Reparationskosten herrühren. Entsprechende Mehreinnahmen seien bis jetzt nicht gewährleistet. Zugewillt seien der Reichsbahndirektion Stuttgart für den Jahresfahrplan 1928/29 15 151 000 Zugkilometer. Damit komme man auf 82,5 Proz. der letzten Friedensleistung gegen 79 Prozent im laufenden Fahrplan. Reichsbahnoberrat Kühlfeld berichtete über die wesentlichen Neuerungen, die er voraussichtlich bringen wird. Aus der Debatte möge die mehrfache erörterte Einführung eines FD-Zugpaars auf der Strecke Berlin-Würzburg-Stuttgart mit Anschluß nach und nach erwähnt werden. Die Änderung im Lauf der D-Bühne 277 und 278 auf der Strecke Stuttgart-Simmendingen, die infolge der Einführung der FD-Züge nötig wird, möge u. a. das, von den bis jetzt bestehenden halten einige montieren zu lassen. Debatte beendigt wurde die Eröffnung der Aussicht auf Einführung eines Eilzugpaars auf der Strecke Tübingen-Göppingen. Auch die Ankündigung neuer sommerlicher Sonntagsverbindungen zwischen Stuttgart und Weisheim, sowie Stuttgart und Hall wurde beifällig aufgenommen. Aus den weiteren Vorträgen ist noch eine Anfrage von Reichsbahnrat Wieland-Viel hervorzubeden, die sich auf den Stand der Elektrifizierung der Reichsbahn bezog. Der Präsident der Reichsbahndirektion teilte dazu mit, daß ursprünglich den Haushalt der Direktion für 1928 fünf Millionen Mark für

die Elektrifizierung der Strecke Ulm-Mühlacker eingeplant gewesen seien; der Posten habe selber wieder gestrichen werden müssen, weil die Unmöglichkeit, eine Anleihe unterzubringen, keine andere Wahl gelassen habe. Damit sei selbstverständlich der Plan der Elektrifizierung keineswegs aufgegeben, aber man müsse sich damit vertraut machen, daß das Zeitmaß der Ausführung wesentlich werde gestreckt werden.

Handel und Verkehr.

Stuttgarter Schlachtviehmarkt vom 31. Januar
Angetrieben waren 45 Ochsen, 25 Bullen, 100 Jungbullen, 622 Jungstiere, 202 Rinder, 1084 Kälber, 2043 Schweine; unverkauft blieben 1 Ochse, 70 Jungbullen, 60 Jungstiere, 17 Rinder und 100 Schweine. 83 Ferkeln der 50 Riat. Lebendgewicht:
Kälber:
a) ausgem. 54-57, b) vollk. 46-50;
Bullen:
a) ausgem. 10-22, b) vollk. 46-49;
Jungbullen:
a) ausgem. 58-61, b) vollk. 50-56, c) fl. 42-48;
Rinder:
a) ausgem. 40-46, b) 30-37, c) fl. 20-23, d) ger. gen. 14-18;
Kälber:
b) feinste Maß- u. beste Souffl. 72-82, c) mittl. 67-70, d) ger. 55-64;
Schweine:
a) über 200 Pfund 60-62, b) von 150-200 Pfund 50-61, c) von 100 bis 150 Pfund 45-50, d) von 100-150 Pfund 40-50, e) von 120-160 Pfund und unter 120 Pfund 38-55; a) Sauen 40-50.
Verlauf des Marktes: Großvieh langsam, Ueberstand, Kälber und Schweine mäßig bebt.

Stuttgarter Schlachtviehmarkt vom 30. Januar. Angetrieben waren 45 Ochsen, 25 Bullen, 100 Jungbullen, 622 Jungstiere, 202 Rinder, 1084 Kälber, 2043 Schweine; unverkauft blieben 1 Ochse, 70 Jungbullen, 60 Jungstiere, 17 Rinder und 100 Schweine. 83 Ferkeln der 50 Riat. Lebendgewicht:
Kälber:
a) ausgem. 54-57, b) vollk. 46-50;
Bullen:
a) ausgem. 10-22, b) vollk. 46-49;
Jungbullen:
a) ausgem. 58-61, b) vollk. 50-56, c) fl. 42-48;
Rinder:
a) ausgem. 40-46, b) 30-37, c) fl. 20-23, d) ger. gen. 14-18;
Kälber:
b) feinste Maß- u. beste Souffl. 72-82, c) mittl. 67-70, d) ger. 55-64;
Schweine:
a) über 200 Pfund 60-62, b) von 150-200 Pfund 50-61, c) von 100 bis 150 Pfund 45-50, d) von 100-150 Pfund 40-50, e) von 120-160 Pfund und unter 120 Pfund 38-55; a) Sauen 40-50.
Verlauf des Marktes: Großvieh langsam, Ueberstand, Kälber und Schweine mäßig bebt.

Stuttgarter Schlachtviehmarkt vom 30. Jan. (Fortsetzung)
Kälber:
a) über 200 Pfund 60-62, b) von 150-200 Pfund 50-61, c) von 100 bis 150 Pfund 45-50, d) von 100-150 Pfund 40-50, e) von 120-160 Pfund und unter 120 Pfund 38-55; a) Sauen 40-50.
Verlauf des Marktes: Großvieh langsam, Ueberstand, Kälber und Schweine mäßig bebt.

Stuttgarter Schlachtviehmarkt vom 30. Januar. Angetrieben waren 578 Tiere und zwar 11 Ochsen, 10 Kälber, 30 Rinder, 14 Ferkel, 6 Kälber, 507 Schweine. Marktverlauf: mit Großvieh langsam, mit Schweinen lebhaft. Ueberstand: 9 Stück Großvieh. Preise für ein Pfund Lebendgewicht: Ochsen 1. Kl. 55-57, 2. Kl. 52-54; Ferkel 1. Kl. 51-53, 2. und 3. Kl. 49; Rinder 2. und 3. Kl. 40-42; Kälber 1. Kl. 59-61, 2. Kl. 55-57; Schweine 1. Kl. 59-61, 2. Kl. 55-58.

Lezte Nachrichten.

Einigung des Deutschen Landwirtschaftsrates.
Berlin, 31. Januar. Der ständige Ausschuß des Deutschen Landwirtschaftsrates, die Gesamtvertretung der geschlichen Berufsorganisation der deutschen Landwirtschaft (Landwirtschaftskammern) hat sich in seiner heutigen Sitzung eingehend mit der über das ganze Reichsgebiet sich erstreckenden und alle Betriebsgrößen betreffenden starken Zuspitzung der Agrarkrise befaßt und angesichts dieser Entwicklung beschloßen, mit verkürzter Einberufungsfrist die Vollversammlung des Deutschen Landwirtschaftsrates zum Mittwoch, den 22. 2. d. J., einzuberufen.

Le: Koalitionszwischensfall erledigt.
Berlin, 31. Januar. Die Zentrumsfraktion des Reichstages trat nach Schluß der heutigen Plenarsitzung zu einer Besprechung zusammen, die bis in die Abendstunden dauerte. Es wurde dabei jedoch nur der Verkehrsetat beraten, der am Mittwoch den Haushaltsausschuß beschäftigen wird. Andere ursprünglich gleichfalls vorgesehene Verhandlungsgegenstände waren abgesehen worden. Dagegen hat, wie das Nachrichtenbüro des B.d.Z. erfährt, sich der Vorstand der Zentrumsfraktion des Reichstages mit dem in der heutigen Plenarsitzung aufgetauchten Koalitionszwischensfall beschäftigt, der durch die vom Abgeordneten von Freitag-Loringhoven (Dn) an der Außenpolitik geübten Kritik, die Antwort des Abgeordneten Ullrich (Z) hierauf und die bekannte nochmalige Erklärung der Deutschnationalen entstanden war. Der Vorstand der Zentrumsfraktion sieht, wie das Nachrichtenbüro des B.d.Z. hört, den Zwischensfall als erledigt an, nachdem in der Rede des Abgeordneten von Lindeiner-Wildau (Dn), die nach den Bemängelungen des Abgeordneten Ullrich (Z) gehalten wurde, die Deutschnationalen erklärt haben, daß sie an den drei wichtigsten Punkten der Außenpolitik, Mitarbeit am Völkerverbund, Locarnopolitik und insbesondere Verständigung mit den westlichen Nachbarn, festzuhalten gewillt sind.

Bestrafung für italienische Kommunisten.
Rom, 31. Jan. Das Sondergericht zum Schutze des Staates beendete heute die Verhandlungen gegen 20 Kommunisten aus Toscana. Neun Angeklagte wurden freigesprochen, 10 wegen geheimer Umtriebe zu Festungstrafen von 2 bis 10 Jahren verurteilt; ein früherer kommunistischer Abgeordneter erhielt 12 Jahre Festung.

Gestorbene
Baiersbrunn: Anna Barb. Kapp geb. Ziesle, 74 J. a.
Hallerbach: Katharine Kenz, 22 J. a., Tochter des Fr. Kenz, Schneermüller.

Mitmaßliches Wetter für Donnerstag
Infolge des östlichen Hochdrucks ist die westliche Depressions auf die Wetterlage in Süddeutschland wenig Einfluß aus. Für Donnerstag ist zwar zeitweise bedecktes, aber vorwiegend trockenes Wetter zu erwarten.

Für die Darstellung verantwortlich: Ludwig Kaul.
Druck und Verlag der W. Kiefer'schen Buchdruckerei, Altkreis

Egenhausen

Am Freitag, den 3. ds. Mts. findet hier

**Vieh- und
Schweinemarkt**

statt, wozu eingeladen wird



Schultheißenamt.

Gesamtgemeinde Neuweiler O.A. Calw

Jagd-Verpachtung

Die hiesige Gemeindegagd, umfassend 1300 ha Wald und Feld soll am Freitag, den 3. Februar, nachmittags 2 Uhr, auf dem Rathaus Neuweiler öffentlich auf 6 Jahre verpachtet werden. Siezu ladet Liebhaber freundlichst ein der Gemeinderat.

Nagold

Unserer sehr geehrten Kundenschaft zur gefl. Kenntnisnahme, daß wir unser bisheriges

Lager in Kristall-Spiegelglas

in bedeutend vergrößertem Ausmaße

von Wolfberg Nr. 1 nach der Stufabrik Friedrich Strähle hier verlegt

haben und indem wir für das bisher uns geschenkte Vertrauen bestens danken, bitten wir auch fernerhin um weiteren geneigten Zuspruch

Glas- und Spiegel-Manufaktur
E. Tilmes & Co., Bonn
J. B.: J. Schausen

Altensteig.

Morgen Donnerstag
(Lichtmeßfeierstag)



Metzelsuppe

wozu freundlichst einladet

Gottfr. Koh zum „Engel“.

Schuhmacher-Zwangsinnung des Bezirkes Nagold.

Durch die enorme Preissteigerung am Rohhäute- markt sind die

Lederpreise

ganz bedeutend erhöht worden; wir sind daher gezwungen, unsere Preise

um 10—15% zu erhöhen.

Ein tüchtiges, zuverlässiges

Mädchen

wird auf 15. Februar in ein Geschäftshaus nach Altensteig gesucht.

Zu erfragen in der Geschäftsstelle ds. Bl.

Bestellungen auf die

Süddeutsche Sonntagspost

nimmt die

W. Rieker'sche Buchhdlg., Altensteig entgegen. Ehrenabschreiben werden Probenummern ausgegeben.



Trauer

**Kleider
Kostüme
Mäntel**

Sonder-
Abteilung
mit reichlicher
Auswahl auch
für starke
Damen

E. Berner
ECKE METZGER-UND BLUMENSTR.

Pforzheim

Für die Konfirmation

sind die letzten Neuheiten eingetroffen und bitte ich um Ihren gefl. Besuch, ohne Kaufzwang.

Lebensbund?

Der vorn. Weg des Sichfind. der geb. Kreise. Taus. v. Anerk. Bundesschr. geg. 50 J d. Verlag G. Bereiter, München, Augustenstr. 65

Teppiche - Läufer ohne Anzahlung in 10 Monatsraten Teppichhaus Agay & Glück, Frankfurt a. M. Schreiben Sie sofort 248.

„Greif“

Vervielfältiger,
Vervielfältigungs-
Zubehör.

Gottlob
Käthelen
Freudenstadt,
Markt 58 Fernruf 31
Gegr. 1848.
Alles für Büro

Extr. 25—30 Zentner
gut eingebrachtes

Heu

(Bergfutter)

hat zu verkaufen
oder Tausch gegen Holz
Sr. Benz jr., Rohrdorf.

Schriftl. Heimarbeit

Vitalis Verlag 926
München

**Schreib-
Maschinen**

Georg Köbele
Bürobedarf, Nagold
Fernsprecher 126.

Verkaufe zwei 3-jährige,
25 Zentner schwere, schöne

Ochsen

H. Braun
Herzogsweiler

Ia. Pergament-Därme

empfiehlt zu Schlachtungen die

W. Rieker'sche Buch- u. Papierhandlung
Altensteig.



Landwirte! Achtung!

Laßt Euch nicht täuschen!
Schweizerische Lactina hat den Namen nicht geändert und liefert stets das weltberühmte Milcherzähmittel (Mischfutter)



Weiße alle Nachahmungen zurück.

Schweizerische Lactina Panthaus H.-G., Rebl a. Rh.

Mittwoch, 1. Februar abends 8 Uhr

im Gasthof zum „Grünen Baum“

spricht Landtagsabgeordneter Bruno Ross über

**Verwaltungsreform, Steuer-
politik, Verkehrs- u. Schulfragen**

wozu jedermann herzgl. eingeladen ist

Dr. Gruppe Deutsche Nationalen Volkspartei.

Stimmersfeld, den 31. Januar 1928.

Dankagung.



Für die vielen Beweise herzlichster Anteilnahme die uns bei dem Hinschied unseres lieben Vaters, Bruders, Schwiegersvaters, Großvaters, Schwagers und Onkels

Hilob Friedrich Wurster

Holzhauser

zuteil wurde, danken wir herzlich. Insbesondere danken wir für die trostreichen Worte des Herrn Pfarrer Rehm, für den erhebenden Gesang des Herrn Hauptlehrer Elaf mit seinen Mädchen und gem. Chor, für die Ranzspenden des Forstamts und seiner Arbeitskollegen, sowie für den ehrenden Nachruf des Herrn Forstmeister Röhm seitens der Forstbeamten, sowie für die zahlreiche Beileidigung zu seiner letzten Ruhestätte sagen herzlichsten Dank.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:
Philipp Wurster, Holzhauser.

Der Einkauf von Betten

im bewährten Aussteuergeschäft

Reinhold Hayer Altensteig

sichert Ihnen reelle, fachmännische Bedienung
Hauptpreislagen der Betten, bestehend aus
Decke, Halfpfeil und Kissen, gut gefüllt.
Mk. 57.50, 63.—, 76.—, 85.—, 101.—

Weitere Zusammenstellungen bereitwilligst.

Fortwährende Nachbestellungen sind der beste Beweis für die Leistungsfähigkeit und Realität meines Geschäfts.

W. Rieker'sche Buchdruckerei, Altensteig

empfiehlt sich zur Anfertigung von

Druckarbeiten aller Art

wie Rechnungen - Briefbogen
Geschäftskarten - Prospekte
Preislisten - Katalogen usw.
in geschmackvoller Ausführung, ein- oder mehrfarbig.

Modernes Schriftenmaterial, billige Preise
rascheste Lieferung



LEBEWOHL

das beste Mittel
gegen

**Hühneraugen
und Hornhaut**

Blechdose (8 Pflaster) 75 Pfg., Lebewohl-Fußbad gegen empfindliche Füße und Fußschweiß, Schachtel (2 Bäder) 50 Pfg., erhältlich in Apotheken und Drogerien. Sicher zu haben bei: Fr. Schlumberger, Schwarzwald-Drogerie, Poststraße.

